

# Selbstverständnis der Grünen Jugend Kreis Konstanz

Wir, als Grüne Jugend Kreis Konstanz, verstehen uns als **ökologisch-sozialer, queer-feministischer, proeuropäischer, antifaschistischer, antirassistischer, globalisierungs- und kapitalismuskritisch** und **global denkender** Jugendverband. In diesem Selbstverständnis präsentieren wir unsere politischen Ideen und Forderungen, auf deren Grundlage wir arbeiten und konkrete Politikvorschläge, von der kommunalen bis zur europäischen Ebene, formulieren.

*Die hier gewählte Präsentationsform, insbesondere die Reihenfolge, soll keine Priorisierung darstellen, stattdessen haben wir uns dafür entschieden, die Punkte lose nach Themengebieten zu sortieren.*

## 1. Klima- und Umweltschutz

Klima- und Umweltschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung, die in allen Facetten des menschlichen Zusammenlebens umzusetzen ist. Auf Bundesebene, sowie auf Kommunal- und Landesebene sind Maßnahmen zu ergreifen, um eine lebenswerte Umwelt nicht nur für den Menschen, sondern auch für unsere Mitbewesen zu erhalten und zu schaffen. Maßgeblich dafür ist die Einhaltung des **Pariser Klimaschutzabkommens** zur Begrenzung der globalen Erwärmung auf möglichst 1,5 Grad. Um eine damit in Einklang stehende, frühzeitige Klimaneutralität zu erreichen, braucht es eine schnelle und umfassende Energiewende mit Sektorenkopplung zwischen allen relevanten Bereichen (Strom, Wärme, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft). Konstanz muss bis 2030 klimapositiv sein.

**Klimaschutz kennt keine Grenzen:** Wir sollten als positives internationales Beispiel vorangehen. Als großes und reiches Land des globalen Nordens muss Deutschland einen bedeutenden Beitrag zu internationaler Klimafinanzierung für die Unterstützung von Emissionsminderung und Anpassungsmaßnahmen im globalen Süden leisten. Menschen, die aufgrund der Folgen der Klimakrise fliehen müssen, verdienen einen besonderen Schutz.

Bezüglich unserer Ernährungsweisen sind zuallererst die Überproduktion und Verschwendung von Lebensmitteln einzuschränken. Auch die Reduktion der Herstellung und des Konsums tierischer Lebensmittel ist wichtig. Die **Förderung vegetarischer und veganer Lebensweisen** ist hierbei sinnvoll und notwendig. Die aktuelle industrielle Tierhaltung entspricht nicht unserem Verständnis von Tierwohl. Wir fordern **bessere Haltungsbedingungen** und eine effektivere Kontrolle staatlicher Vorgaben, sowie ein einheitliches und verbindliches Tierwohl-Label. Weitere wichtige Maßnahmen im Zuge der Agrarwende sind Humusaufbau, konsequenter Insektenschutz, die Vermeidung von Überdüngung und allgemein eine **stärkere Förderung von Landwirtschaft nach Klima- und Naturschutzleistungen**. Von einer Flächenprämie profitieren vor allem industrielle Großbetriebe auf Kosten lokal verankerter Kleinbetriebe.

Ziel unserer grünen Umweltpolitik ist es außerdem, der immer weiter anwachsenden Versiegelung von Grünflächen entgegenzuwirken. Stattdessen sollte der Trend zur Renaturierung gehen, um Arten- und Umweltschutz auch auf lokaler Ebene zu stärken.

Wir setzen uns langfristig für **eine Welt ohne fossile Kunststoffe** ein, die sich von unserer jetzigen Wegwerfgesellschaft hin zu einer Share- und Repair-Kultur entwickelt. Wir fordern, keine Einwegprodukte aus Plastik mehr herzustellen, um der übermäßigen und unnötigen Müllverschmutzung unserer Umwelt entgegenzuwirken. **Leben am See muss im Einklang aller Arten geschehen.** Konkret bedeutet das, dass Flächen für Flora und Fauna erhalten bleiben müssen, die vom Menschen weitestgehend unberührt bleiben. Naturschutzgebiete, wie das Wollmatinger Ried, müssen unter allen Umständen erhalten und geschützt werden. Das (kommerzielle) Fischen gehört zum See, aber wir halten eine übermäßige Fischzuchtkultur der Umwelt gegenüber für nicht gerechtfertigt.

## **2. Verkehrswende und Stadtnutzung**

Auch der Verkehrssektor muss zum Klimaschutz beitragen, dafür wollen wir als ersten Schritt die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen, um Mobilität effizient und flexibel zu gestalten und nicht notwendige Reisen zu vermeiden.

Zusätzlich wollen wir das Auto als Standardverkehrsmittel ablösen und stattdessen einen für alle attraktiven und erschwinglichen, **CO2-neutralen öffentlichen Nah- und Fernverkehr**. Dafür ist eine flächendeckende Anbindung an den Bus- und Bahnverkehr notwendig. Dort, wo motorisierter Individualverkehr weiter unausweichlich ist, braucht es CO2-neutrale Antriebstechnologien und Sharing-Modelle, die an den ÖPNV angebunden sind. Der ländliche Raum muss hierbei besonders beachtet werden. Auch der **Güterverkehr** sollte deutlich mehr auf die Schiene verlagert werden. Dort, wo das noch nicht möglich oder effizient ist, sollten klimaneutrale Antriebe für Schiff und LKW genutzt werden.

**Fahrradfahrende, zu Fuß Gehende und Rollstuhlfahrende** sollten im Stadtverkehr die erste Priorität haben, und sich sicher bewegen können. Dafür muss die Infrastruktur erweitert und die Fläche in der Stadt neu eingeteilt werden. So erobern wir Raum in den Städten zurück und schaffen dadurch zusätzlich Platz für Begegnungen, Kultur, Grünanlagen, Naherholung: kurzum, mehr Lebensqualität für alle.

### 3. Wirtschaft

Die Bedürfnisse des Menschen gehen über die simple Konsumbefriedigung hinaus. Wachstum, Kapitalanhäufung, Freihandel und Innovation sollten deshalb nicht Selbstzweck des Wirtschaftens sein. Stattdessen müssen die Würde und die Rechte des Menschen im Mittelpunkt stehen. Ein **menschliches und gerechtes Wirtschaftssystem** sollte sich nicht primär an der Maximierung von Gewinnen orientieren, sondern am **Gemeinwohl** und dem Erhalt einer intakten Umwelt und Gesellschaft. Um dies zu erreichen, muss die Politik soziale und ökologische Leitplanken vorgeben. Dadurch wollen wir zum Beispiel finanzielle Ungleichheit verringern, Chancengerechtigkeit erreichen und die Auswirkungen des Klimawandels auf Mensch und Natur einschränken.

Wir glauben, dass die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen an einigen Stellen durchaus am besten über den Markt funktioniert, an anderen Stellen ist der Staat dafür geeigneter.

Kein Unternehmen sollte sich der staatlichen Kontrolle und einer **fairen Besteuerung** entziehen können, Steuerlöcher müssen konsequent gestopft und Steuerhinterziehung stärker bestraft werden.

Externe Folgen für Umwelt brauchen einen Preis, der die Kosten von Umweltschäden (z.B. durch CO<sub>2</sub>) transparent widerspiegelt und ausgleicht.

### 4. Sozialpolitik

Wir wollen, dass in Deutschland **soziale Gerechtigkeit** wieder *wirklich* großgeschrieben wird. Alle sollen die Möglichkeit haben, ein gutes Leben ohne Angst vor Armut zu führen. Dazu sind mehr Investitionen des Staates in Sozialwohnungen auf seinen eigenen Flächen notwendig. Zudem müssen in der Vergangenheit veräußerte Wohn- und ungenutzte Gewerbeflächen zurückgekauft werden.

Dafür braucht es **echte Chancengerechtigkeit für alle**, nicht nur in der Bildung, sondern auch auf dem Arbeitsmarkt. Alle Menschen, egal welchen Geschlechts, ob Migrant\*innen oder Langzeitarbeitslose, jede\*r soll die Möglichkeit haben, einen guten Arbeitsplatz zu bekommen. Dabei sollen die Menschen nicht, wie es aktuell durch die Hartz-IV-Regelungen geschieht, durch Sanktionen zur Annahme einer Arbeitsstelle gezwungen werden.

Wir fordern **ausreichende finanzielle Unterstützung für die Kindererziehung**, damit niemand durch diese Nachteile erfährt. Die Privilegien des jetzigen Ehebegriffs müssen jedoch abgeschafft oder auf andere Modelle des Zusammenlebens erweitert werden.

Außerdem ist es für uns wichtig, die Ungleichheit zu reduzieren: Die Schere zwischen arm und reich und niedrigen und hohen Einkommen darf nicht noch weiter auseinander gehen. Daher fordern wir **gut bezahlte Arbeit für alle**. Dafür muss über einen deutlich höheren Mindestlohn, Mindesthonorare für Selbständige und über mögliche Alternativen zur bezahlten Lohnarbeit in 40h-Vollzeit nachgedacht werden. Dazu gehört zum Beispiel eine deutliche Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich oder ein bedingungsloses Grundeinkommen.

Um ein nicht rational begründbares Ansteigen der Einkommen und Vermögen der Reichsten zu verhindern und um die notwendige Umverteilung zu finanzieren, braucht es **mehr Mut in der Besteuerung**. Dafür wollen wir hohe Einkommen, Vermögen, Erbschaften und Kapitalerträge stärker und gerechter besteuern. Wir sind gegen Denkbarrieren zu einer deutlich höheren Erbschaftssteuer (auch bei Unternehmen z.B. über reversible Enteignung), der Wiedereinführung einer Vermögenssteuer, einem quasi-konfiskatorischen Einkommensteuer-Grenzsteuersatz für mega-Verdienende (z.B. über 1 Millionen/Jahr) und einer gerechteren Besteuerung von Kapitalerträgen und Finanztransaktionen. Der Staat muss die **zentralen Lebensrisiken absichern**, egal ob es sich um Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Armut handelt. Die aktuelle Sozialpolitik muss immer auch zukünftige Generationen im Blick behalten.

## 5. Bildungspolitik und Inklusion

Bildung muss für alle da sein und darf deshalb nichts kosten. Wir sind für **Bildungsgerechtigkeit von klein auf**. Frühkindliche Bildung ist ein entscheidender Faktor, um der Chancengleichheit in der Gesellschaft ein Stück näher zu kommen. Dazu gehört auch die Förderung von Gemeinschaftsschulen und der Ganztagesbetreuung.

**Demokratiebildung**, welche auch in Form von Mitbestimmung im schulischen Alltag gelebt werden soll, muss auf den Lehrplan. Zu den aktuellen Herausforderungen der Bildungspolitik gehören die **Digitalisierung** und der **Lehrkräftemangel**, die schnellstmöglich angepackt werden müssen.

**Der Meister ist genauso wichtig wie der Master**, deshalb müssen Ausbildungen und Hochschulstudium gleichwertig gefördert werden, damit sie für Schulabgänger\*innen auch gleich attraktiv sind. Des Weiteren hört lernen nie auf - wir setzen uns für eine **lebenslange Weiterbildung** ein. Dazu gehört eine Förderung von Volkshochschulen, Museen und anderen Bildungsstätten.

Menschen mit und ohne Behinderung sollen gemeinsam leben, arbeiten und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Barrieren müssen in allen Lebensbereichen abgebaut werden, um eine **inklusive Gesellschaft** zu realisieren.

## 6. Gesundheit

Gesundheit ist ein Grundrecht für uns alle und darf daher nicht vom eigenen Vermögen abhängen. Wir fordern die **Abschaffung der "zwei-Klassen-Medizin"** und ein Gesundheitssystem, das niemanden benachteiligt. Dazu gehört auch die Förderung von medizinischen Hilfsmitteln, wie beispielsweise Brillen oder Zahnsparungen.

Des Weiteren sollten Krankenhäuser und die medizinische Versorgung **keinem Profitzwang** unterliegen, auch, da sonst eine Vorhaltung für Krisensituationen nicht gegeben ist.

Allgemein gilt: Gute Gesundheitspolitik sollte nicht nur Krankheiten behandeln, sondern diese auch so gut es geht frühzeitig verhindern. Wir setzen uns für **verstärkte Prävention** von Krankheiten aller Art ein. Diese beginnt schon in der Schule mit Bewegungsangeboten und einem ausgewogenen Speiseplan. Eine vermehrte **Aufklärung über Gesundheit und Hygiene** sollte neben Kindergärten und Schulen auch in anderen Institutionen und über bundesweite Kampagnen stattfinden.

Zu Gesundheitspolitik gehört auch die **psychische Gesundheit**. Ein gutes Gesundheitssystem muss deshalb eine faire und funktionierende Therapie für alle, die sie brauchen, bereitstellen können. Psychische Krankheiten, wie Depressionen, müssen in der Gesellschaft wie physische Krankheiten behandelt werden. Hierfür benötigt es weiteren und frühzeitigen Aufschluss und Gegenmaßnahmen, um entstehende psychische Krankheiten gar nicht erst zum Problem werden zu lassen.

Wir setzen uns außerdem für eine **Aufwertung von Gesundheitsberufen** in der Gesellschaft ein, um die Wichtigkeit dieses Bereichs zu verdeutlichen. Dazu gehört vor allem eine bessere Bezahlung der in CARE-Berufen tätigen Beschäftigten. Zudem sollte die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Bereichen im Rahmen einer **interprofessionellen Versorgung** verbessert werden.

Nicht-evidenzbasierte Therapie-Varianten, wie die **Homöopathie**, sollten keine weitere Unterstützung und Erstattung von der Krankenkasse mehr bekommen. Behauptungen zur Wirksamkeit müssen wissenschaftlichen Standards entsprechen und überprüft werden können.

**Freiwillige Blutspenden** sind für unser Gesundheitssystem essentiell wichtig, je mehr Spender\*innen es gibt, desto besser. Deshalb ist es aus unseren Augen unverantwortlich und veraltet, homosexuelle und bisexuelle Männer nur nach "einem Jahr Enthaltbarkeit" spenden zu lassen. Blutspenden sollte für jeden frei zugänglich sein und nicht von Herkunft und Sexualität abhängig sein.

## 7. Queerer Feminismus:

Wir leben in einer Gesellschaft, in der das biologische Geschlecht maßgeblich über den individuellen Lebensweg entscheidet. Es ist zwingend notwendig, diese **patriarchalen Strukturen** zu überwinden. Mit Aufklärung von klein auf sollen **Genderrollen** aufgebrochen und langfristig auch die **Kategorie Geschlecht** abgeschafft werden, das heißt, langfristig die Trennung von biologischem Geschlecht und Geschlechtsidentität in der Gesellschaft zu etablieren.

FINT\*- Personen (Frauen, Inter-, Trans- und nonbinäre Personen) leiden besonders unter **struktureller Diskriminierung**. Um ihre freie Entfaltung in Politik und Wirtschaft zu ermöglichen, fordern wir **gleiche Bezahlung** und **Frauenquoten**. Wir stellen uns **gegen jede Form von Gewalt gegen FINT\*-Personen** und sind für ein Recht auf einen **sicheren und legalen Schwangerschaftsabbruch** mit umfassender psychologischer und ärztlicher Beratung.

**Sexismus** ist in der Breite der Gesellschaft tief verankert und betrifft uns alle. Durch gezielte Maßnahmen der **Gendersensibilisierung** sollen Verhaltensweisen reflektiert und geändert werden. Als Profiteure des patriarchalischen Systems haben Männer eine besondere Verantwortung, den Weg zur **Gendergerechtigkeit** aktiv zu unterstützen, denn nur gemeinsam können wir eine Gesellschaft schaffen, in der alle repräsentativ eingebunden sind und sich wohlfühlen können, egal welchem Geschlecht sie sich zugehörig fühlen. Auch **gendergerechte Sprache** und das **Gendersternchen** tragen zu dieser Transformation bei.

**Liebe ist Liebe.** Wir, die Grüne Jugend Konstanz, lehnen Diskriminierung oder Bevorzugung einzelner Formen der gemeinsamen Liebe, Sexualität und Verantwortung füreinander ab, solange die Ausübung sexueller Handlungen zweifelsfrei im mündigen Einverständnis aller Beteiligten vollzogen wird.

## 8. Extremismus und Erinnerungskultur

Wir distanzieren uns von der Hufeisen-Theorie und der damit verbundenen Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus. Denn dadurch werden die unterschiedlichen historischen Gegebenheiten und Beweggründe der Strömungen vernachlässigt, sowie Gewalt und ihre Opfer relativiert.

Die NS-Ideologie stellt eine Singularität in der deutschen Geschichte dar. Vergleiche mit dieser Zeit sind unangebracht, da sie die nationalsozialistischen Verbrechen relativieren, und sollten nicht politisch instrumentalisiert werden.

Unsere Generation trifft keine Schuld für diese Verbrechen. Dennoch sind wir die letzte Generation, die noch mit Zeitzeug\*innen sprechen konnte. Unter anderem daraus erwächst die **Verantwortung**, diese Erinnerungen am Leben zu halten und sich entschieden gegen Rechtsextremismus zu stellen. Dafür braucht es eine aktive **antifaschistische Gegenkultur**.

Extremismus ist nicht nur Problem des linken und rechten Randes, sondern tritt in vielseitiger Form und mit unterschiedlichen ideologischen Färbungen auf. Wir lehnen jegliche Form der **gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit** und jede Ideologie der Ungleichwertigkeit gesellschaftlicher Gruppen sowie Gewalt gegen Menschen aufgrund ihrer politischen Position und Gewalt mit politischem Motiv ab. Ziviler Ungehorsam ist, unserer Ansicht nach, keine Form von politischer Gewalt. Um die Entstehung von extremistischen Einstellungen zu verhindern, muss mit **Bildungs-, Aufklärungs-, Präventions- und Jugendarbeit** an der Wurzel angesetzt werden.

## 9. Innenpolitik

Gute Sicherheitspolitik stellt sich immer auch die Aufgabe der **Wahrung unserer Grund- und Freiheitsrechte**, dabei steht die juristische Kontrolle staatlichen Handelns für uns an oberster Stelle. Dies muss sich besonders in der Polizeigesetzgebung widerspiegeln. Konkret bedeutet das eine **transparente und extern kontrollierte Polizeiarbeit**, Einstehen gegen ausufernde Kompetenzerweiterungen und die Achtung des Richter\*innenvorbehalts.

Für eine gute und **bürger\*innennahe Polizeiarbeit** ist eine vielfaltsfördernde Personalauswahl, eine stabile Personaldecke und eine gute Ausbildung im Bereich **Deeskalation** sowie die **Sensibilisierung für Gewalt gegen FINT\*-Personen** die Grundlage.

Wir sind gegen das sachgrundlose Sammeln von Daten, etwa durch Videoüberwachung im öffentlichen Raum und deren automatische Auswertung. Der Verfassungsschutz in Deutschland fällt durch eine lange Tradition der Verharmlosung des Rechtsextremismus und einer gleichzeitigen Überbetonung des Linksextremismus auf. Wir fordern eine **stärkere wissenschaftliche Ausrichtung der Arbeit des Verfassungsschutzes** und eine grundlegende Reform hin zu mehr Transparenz und einem sehenden rechten Auge.

## 10. Migration und Integration

Wir stehen für eine **offene und tolerante Gesellschaft**. Integration ist ein nötiges Mittel, um Parallelgesellschaften zu verhindern und ein Miteinander zu fördern. Das Recht auf Asyl und die Genfer Flüchtlingskonvention sind für uns nicht verhandelbar.

Die **Sicherheit von Fluchtwegen** muss gewährleistet sein. Um das Sterben im Mittelmeer zu beenden, muss die staatliche Seenotrettung wieder eingeführt werden.

Die **Bekämpfung von Fluchtursachen** ist ebenso wichtig. Dazu gehören unter anderem eine effektive Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe, eine faire Wettbewerbs- und Preispolitik auf dem Weltmarkt, sowie diplomatische Deeskalation in Krisengebieten.

Bekämpfung von Fluchtursachen bedeutet nicht, das Problem nur zu verschieben, indem man in den entsprechenden Ländern Lager finanziert.

Wir sehen einen klaren gesellschaftlichen **Zugewinn von Migration**, der über ökonomische Faktoren hinausgeht. Deshalb braucht es klare und einfache Wege und Regeln, um zu uns zu kommen, um hier zu arbeiten oder zu studieren.

Die **Zustände in den Geflüchtetenlagern** an den europäischen Grenzen sind größtenteils nicht tragbar. Wir setzen uns dafür ein, dass gerade junge, schutzbedürftige Geflüchtete möglichst schnell aus diesen Lagern gerettet werden.

## 11. EU, Außenpolitik

Viele Probleme lassen sich nur noch durch **internationale Zusammenarbeit** lösen. Die EU ist für uns ein zentraler Bestandteil einer entsprechenden Strategie. Gerade im Umwelt- und Klimaschutz ist eine ambitionierte, gemeinsame Strategie essentiell für ein klimaneutrales Europa.

Auch im Themenkomplex Asyl und Migration fordern wir ein gemeinsames europäisches Handeln, um eine **humane Aufnahme von Geflüchteten** zu garantieren und ein erfolgreiches Miteinander zu fördern. Wir wollen gemeinsame europäische Sozialstandards wie einen einheitlichen Mindestlohn und mehr Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten. Wir verstehen die **EU als Wertegemeinschaft** demokratischer Rechtsstaaten, deshalb fordern wir entschiedenes Handeln der EU-Institutionen bei Verletzung dieser Grundwerte. Um die EU weiter zu demokratisieren, fordern wir eine Stärkung des Europäischen Parlaments.

In der **Außenpolitik** bestehen wir auf die **Wahrung von Frieden und die Einhaltung des Völkerrechts**. Das bedeutet für uns als Ziel eine Welt ohne Waffen und damit die Einstellung jeglicher Rüstungsexporte, sowie die genaue und **kritische Hinterfragung und gegebenenfalls Prüfung von Auslandseinsätzen**.

Außenpolitik findet aber nicht nur militärisch statt, sondern bedeutet auch und vor allem **Entwicklungszusammenarbeit und internationale Solidarität**. Dies soll sich durch die Übernahme von Verantwortung im Sinne der Klimagerechtigkeit, aber auch in der Bekämpfung globaler sozialer Ungleichheit ausdrücken. Wir halten hierbei internationale Organisationen wie die UN für zentrale Instrumente, um diese Ziele zu erreichen.

## 12. Digitalisierung

Wir sehen in der Digitalisierung auf der einen Seite große Chancen in Bereichen wie Nachhaltigkeit, Bürger\*innenbeteiligung und neuen Arbeitsmodellen.

Auf der anderen Seite konfrontiert uns der digitale Wandel mit großen Herausforderungen für den demokratischen Diskurs, das Wettbewerbsrecht, sowie für Daten- und Verbraucherschutz.

Die Digitalisierung ermöglicht es uns, technische Prozesse zu optimieren und ressourcenschonender zu gestalten, Sharing-Communities aufzubauen und die dringend nötige Energiewende umzusetzen.



**Digitale Beteiligung**, wie kommunalpolitische Online-Plattformen, und Open Data fördern die demokratische Teilhabe und Transparenz. Die Modernisierung der Verwaltung kann zudem die Verwaltungslast für die Bürger\*innen erleichtern. Auch abseits offizieller Stellen ermöglicht ein aktiver virtueller Diskurs eine lebendige Zivilgesellschaft, sofern das Recht im Netz effektiv angewendet und durchgesetzt werden kann. Ein funktionierender **digitaler Rechtsstaat** macht eine Klarnamenpflicht überflüssig.

Das Wegdigitalisieren von Arbeitsplätzen aus ökonomischen Beweggründen ist nicht zielführend, wenn dabei keine Gewinne in der Lebensqualität, etwa durch eine Verminderung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, entstehen. Übermäßige Anforderungen an Flexibilität und Erreichbarkeit können zudem zusätzlichen Stress bei Arbeitnehmer\*innen hervorrufen. Deshalb ist es wichtig, dass technischer Fortschritt kein Selbstzweck ist, sondern immer auch anhand sozialer Gesichtspunkte bewertet und aktiv gestaltet wird.

Für all dies ist ein **freier, gleicher Zugang zum Internet** für alle essentiell. Dazu braucht es nicht nur einen Ausbau des Mobilfunknetzes und flächendeckende Breitbandanbindung, sondern auch eine gesetzlich verankerte Netzneutralität und ein zeitgemäßes Urheberrecht ohne Uploadfilter und Leistungsschutzrecht, aber mit fairer Vergütung für Künstler\*innen und Freiheiten für Netzkultur.

Die Digitalisierung hat auch wirtschaftliche Implikationen. Große Digitalkonzerne bedrohen durch Quasi-Monopolstellungen das Marktgleichgewicht. Deshalb müssen Internetdienstleister wie Google, Amazon und Facebook staatlich reguliert und fair besteuert werden. Dafür bedarf es einem **modernen Wettbewerbs- und Kartellrecht**.

Zudem stellen die Nutzung und der Handel personalisierter Daten durch Unternehmen eine Herausforderung für den Daten- und Verbraucherschutz und damit auch für die Freiheitsrechte dar. Deswegen brauchen wir **digitale Bürger\*innen-Rechte**, die den Verbraucher\*innen die Kontrolle über ihre Daten zurückgeben.

Die Überführung von digitaler Infrastruktur wie sozialer Netzwerke und Suchmaschinen in öffentliche Hand kann ein sinnvolles Mittel sein, um das Internet den wachsenden Einflüssen digitaler Großkonzerne zu entziehen und demokratischer zu gestalten. Dabei muss eine Interoperabilität zwischen den Services sichergestellt sowie der Schutz vor missbrauchendem staatlichem Zugriff gewährleistet werden.

*Dieses politische Selbstverständnis wurde durch die Mitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Kreis Konstanz am 22.04.2020 beschlossen und ist ein Grundsatzprogramm gemäß §2.3 der Satzung. Es kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung geändert werden.*